

**Voraussichtliche Themen der
November-Ausgabe 2024 der KA Korrespondenz Abwasser, Abfall
Anzeigen- und Redaktionsschluss: 30.9.2024**

**1. Vergleich von Maßnahmen der Abwasserconditionierung
Arbeitsbericht der DWA-Arbeitsgruppe KA-14.2 „Maßnahmen gegen Geruchsemissionen aus Abwasseranlagen“**

Zusammenfassung

Geruchsemissionen im Zusammenhang mit Abwasseranlagen stellen Planer und Betreiber zunehmend vor Herausforderungen. Der vorliegende Arbeitsbericht beschäftigt sich mit den gebräuchlichsten Verfahren zur Abwasserconditionierung in Druckleitungen. Hierbei wird im Detail auf die jeweiligen Wirkmechanismen, Besonderheiten, Ausführungsvarianten und Einsatzgrenzen der einzelnen Verfahren eingegangen. Zunächst werden die vornehmlich präventiven, sauerstoffbasierten Verfahren beleuchtet, zu denen auch die Dosierung von Nitrat-Salzen gezählt wird. Weiter wird die kurative chemische Fällung mit Eisen-Salzen beschrieben. Um dem Anwender einen direkten Überblick der spezifischen Kosten der oben aufgeführten Verfahren zu geben, wird ein Kostenvergleich anhand eines Beispielszenarios durchgeführt.

Schlagwörter: Abwasserreinigung, kommunal, Druckleitung, Geruch, Emission, Druckluft, Sauerstoff, Nitrat, Eisen, Kostenvergleich

2. Auswirkung der neuen EU-Kommunalabwasserrichtlinie auf die erforderliche Nährstoffelimination

**36. DWA-Leistungsnachweis der kommunalen Kläranlagen
DWA-Arbeitsgruppe BIZ-1.1 „Kläranlagen-Nachbarschaften“**

Zusammenfassung

Der jährlich erstellte Leistungsnachweis kommunaler Kläranlagen zeigt ein repräsentatives Bild der Reinigungsleistung der Kläranlagen in Deutschland. Zum Vergleich werden auch entsprechende Daten für Österreich und Südtirol dargestellt. Insgesamt konnten auch im Jahr 2023 die Anforderungen der (bisherigen) EU-Kommunalabwasserrichtlinie im bundesweiten Mittel erfüllt bzw. deutlich übertroffen werden. Während es bei den CSB- und GesN-Abbaugraden keine größeren Unterschiede in den verschiedenen Größenklassen gibt, schneiden die Kläranlagen mit einer Ausbaugröße von weniger als 10 000 E bei der Phosphorelimination deutlich schlechter ab. Verursacher sind jene Anlagen, die wegen fehlender gesetzlicher Vorgaben keine gezielten Maßnahmen zur Phosphorelimination durchführen. Die neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie wird die deutsche Siedlungswasserwirtschaft vor erhebliche Herausforderungen stellen und große Investitionsbedarfe auslösen. Das betrifft die bisher nicht geregelten Vorgaben (Spurenstoffe, Keime, Wasserwiederverwendung, Energieautonomie ...), aber auch die Parameter Phosphor und Stickstoff für die Kläranlagen ab Größenklasse 3. Besondere Beachtung bedürfen dabei auch die

prozentualen Eliminationsleistungen. Eine Umstellung der behördlichen Überwachung auf 24-h-Mittelwerte erscheint unumgänglich und wird begrüßt.

Schlagwörter: Abwasserreinigung, kommunal, Deutschland, Österreich, Südtirol, Kläranlage, Leistungsnachweis, Chemischer Sauerstoffbedarf, Gesamtstickstoff, Phosphorelimination, EU-Kommunalabwasserrichtlinie

3. Technische Eignung von Anlagenteilen von bereits in Betrieb befindlichen Tankstellen bei der Verwendung von paraffinischen Dieselkraftstoffen nach DIN EN 15940

Arbeitsbericht der DWA-Arbeitsgruppe IG-6.5 „Tankstellen für Kraftfahrzeuge“

Zusammenfassung

Ein neuer Arbeitsbericht der DWA-Arbeitsgruppe IG-6.5 gibt eine Hilfestellung für die Nachweisführung der Eignung von Anlagenteilen von Tankstellen, die bereits in Betrieb sind, für paraffinische Dieselkraftstoffe nach DIN EN 15940. Der Bericht beschreibt die Vorgehensweise bei der Einführung von paraffinischen Dieselkraftstoffen an Bestandsanlagen. Bei einem Weiterbetrieb bereits in Betrieb befindlicher Tankstellen ist unter Berücksichtigung der vorgenannten Maßnahmen und Empfehlungen auch nach Einführung von paraffinischen Dieselkraftstoffen nach DIN EN 15940 von einer Eignung der beschriebenen Anlagenteile auszugehen.

Schlagwörter: Industrieabwässer, anlagenbezogener Gewässerschutz, Tankstellen, Dieselkraftstoff, Material, Beständigkeit, Rückhalteinrichtung

4. Der Referentenentwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des WHG – eine rechtliche Einordnung

Autor: *Martin Spieler (München)*

Zusammenfassung

Eine Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes soll Regelungen der EU-Wasserwiederverwendungsverordnung für das deutsche Recht ergänzen und konkretisieren. Ein Referentenentwurf hierzu enthält ergänzende Regelungen zu den Genehmigungsverfahren für die Aufbereitung, Speicherung und Verteilung von Abwasser sowie zur Zulassung der Aufbringung des aufbereiteten Wassers zur landwirtschaftlichen Bewässerung. Im Detail sind in diesem Entwurf aber Regelungen – insbesondere zu den Genehmigungsanforderungen und den erforderlichen Verfahren – getroffen worden, die eine unnötige Komplexität verursachen. Diese ist sachlich nicht gerechtfertigt. Die erforderlichen Verfahren können dadurch derart schwierig und langwierig werden, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Initiativen zum Einsatz von aufbereitetem Wasser verhindern. Die anerkannten Regeln der Technik für die Wasserwiederverwendung einschließlich Anforderungen an das Risikomanagement wurden im Entwurf des Merkblatts DWA-M 1200, der seit Sommer 2024 vorliegt, formuliert.

Schlagwörter: Recht, Wasserhaushaltsgesetz, Wasserwiederverwendung, Genehmigungen, Anforderungen, Verfahren